

## Für Sicherheit und Ordnung

Unser Bezirk wird seit Jahren teilweise als verwahrlost und verschmutzt wahrgenommen. Lebensqualität und subjektive Sicherheit werden aber auch durch das Erscheinungsbild unserer öffentlichen Anlagen geprägt. Die Sicherheit und Ordnung wird im Bezirk neben der Polizei hauptsächlich von den Mitarbeitern des Ordnungsamtes ("Kiezpolizei") gewährleistet. Leider ist die "Kiezpolizei" bei der Umsetzung der vielen verschiedenen Gesetze (Leinenzwang für Hunde, Hundekotbeseitigung, Graffitibekämpfung, illegale Ferienwohnungen identifizieren usw.) aufgrund der Personalsituation oft überfordert. Die **Organisationsstruktur des Ordnungsamtes** muss außerdem dringend verbessert werden - so kann es beispielsweise nicht sein, dass die Stelle des Ordnungsamtsleiters vom zuständigen SPD-Stadtrat seit Jahren nicht besetzt wird. Dazu kommt ein zunehmender Mangel an Respekt gegenüber Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsamt. Sie sind Garanten für die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und den Schutz der Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk. Beleidigungen oder Gewalt gegen Ordnungshüter sind deshalb nicht zu akzeptieren, sie müssen entschieden verfolgt und geahndet werden. Wir brauchen eine Kultur der Solidarität, des Respekts und der Wertschätzung der Arbeit unserer Polizeibeamten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Daher muss sowohl gesetzgeberisch als auch behördlich alles getan werden, um eine Verbesserung der jetzigen Situation zu erreichen.

Die CDU fordert daher:

- Die Ordnungsämter erhalten endlich eine hinreichende Aufstockung des Außendienstpersonals, um **mehr Präsenz im „Kiez“** zeigen zu können. Weiterhin sind die rechtlichen Kompetenzen des Ordnungsamtes zu überprüfen und sinnvoll zu erweitern.
- Die Sicherheit im öffentlichen Straßenland wird erhöht. Dies kann unter anderem durch Präsenz von Sicherheitskräften in den Abendstunden und durch eine **bessere Beleuchtung** von nicht oder nur unzureichend beleuchteten Straßen, Plätzen und Parkanlagen erfolgen. Insbesondere Licht sorgt für mehr objektive und subjektive Sicherheit.
- Der Verwahrlosung des Bezirkes durch unerlaubte **Abfallentsorgung**, insbesondere in den Grünanlagen, ist energisch entgegenzutreten. Hierfür brauchen wir eine höhere Kontrolldichte und eine ausreichende Anzahl und Größe von Abfallbehältern. Die Unterstützung bei der Reinigung der Grünanlagen durch die Berliner Stadtreinigung begrüßen wir. Fahrradwracks und **illegale Altkleidercontainer** sind konsequent aus dem öffentlichen Straßenland zu entfernen.
- Der übermäßige oder störende **Alkoholkonsum und der Drogenmissbrauch** in der Öffentlichkeit muss entschieden bekämpft werden.
- Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum müssen wieder ein Grundanliegen im Bezirk werden. Die Attraktivität, **subjektive Sicherheit und Aufenthaltsqualität** hängen entscheidend von diesen Parametern ab. Deshalb muss das Bezirksamt befähigt werden, bei Graffitibeschränkungen, illegaler Müllentsorgung oder anderen Störungen der öffentlichen Ordnung möglichst innerhalb von 48 Stunden wieder den Ursprungszustand herzustellen.



- Der Gewalttätigkeit und Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen ist frühzeitig und wirksam entgegenzutreten. Bereits der Einstieg in eine „kriminelle Karriere“ muss schnell erkannt und verhindert werden. Wir setzen uns deshalb für eine enge Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei und Jugendamt ein.
- Die Präsenz der Polizei zu präventiven Zwecken, insbesondere in den Nachtstunden, wird wieder erhöht, um auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern. Dabei ist speziellen Kriminalitätsphänomenen, die sich beispielsweise an der Landesgrenze zu Brandenburg ergeben (KFZ-Diebstahl, Wohnungseinbrüche etc.), besondere Beachtung zu schenken.
- Das steigende Phänomen des offenen Bettelns, insbesondere von und mit Kindern, wird mit Hilfe der Ordnungsbehörden unterbunden. Ein richtiger und konsequenter Schritt ist dabei die durch den Senat bereits verabschiedete Bettelverordnung des Landes Berlin. Damit diese Regelung auch Wirkung zeigt, ist auch ein Zusammenwirken mit den Gewerbetreibenden erforderlich, deren Kunden durch die zunehmende Bettlerszene abgeschreckt werden.
- Die Bekämpfung von Kriminalität soll auch mit Hilfe neuer technischer Entwicklungen erfolgen. So steht die CDU dafür ein, dass Kriminalitätsschwerpunkte und alle Bahnhöfe mit Kameras ausgestattet werden. Opferschutz geht vor Täterschutz!

